

des "Bantustansystems", abgelehnt. Wir haben dies getan, weil ein System angeblich als Selbstbestimmung dargestellt wird, das für ungefähr 80 Prozent der südafrikanischen Bevölkerung nur 13 % des Bodens vorsieht. Das Land, das den Schwarzen zugesprochen wurde, ist häufig arm und nicht entwicklungsfähig. Darüber hinaus werden die Bantustans in bis zu je zehn kleine, nicht lebensfähige Landparzellen aufgeteilt, die einander nicht berühren, sondern durch für Weiße reserviertes Land getrennt sind. Die Bantustanpolitik wirkt auch grausam diskriminierend gegen die Millionen von afrikanischen Städtern, die niemals ein Stück heimatliches Land gesehen haben oder damit verbunden gewesen sind, deren gegenwärtige und zukünftige Bindung dagegen zu der industrialisierten Stadt besteht, in der sie arbeiten, ebenso wie zu den Kreisstädtchen, von denen sie jeden Tag ihres Lebens über weite Entfernungen zu ihrer Arbeit hin- und herreisen. Dies ist keine zukunftssträchtige Lösung für alle Afrikaner. Diese künstliche wirtschaftliche Aufteilung ist vielmehr sinnlos innerhalb einer hochentwickelten nationalen und internationalen Wirtschaft, die eher verstärkte regionale wirtschaftliche Integration verlangt als das Gegenteil.

...Die Gewalttätigkeiten, die vor 17 Jahren in Sharpeville und im vorigen Jahr in Soweto ausbrachen, wo sie im letzten Fall 400 Tote kosteten, waren nicht, wie von der Südafrikanischen Republik behauptet wurde, auf auswärtige Aufhetzung zurückzuführen; sie waren vielmehr ein Spiegel der tiefen Unzufriedenheit und Verzweiflung der Majorität sowie ein Zeichen ihrer Entschlossenheit, die Gerechtigkeit zu erringen, die ihnen so lange verweigert worden war....

Die Ereignisse in Soweto und die Folgen davon bildeten eine grauenhafte menschliche Tragödie. Aber die größte Tragödie war die Reaktion der südafrikanischen Regierung auf diese Ereignisse. Tausende wurden ohne Anklagegrund festgenommen oder aus keinem anderen Grunde als ihrer Stellung als soziale, religiöse und politische Führer verhaftet. Scharen von ihnen wurden aufgrund der repressiven Apartheidgesetze vor Gericht gestellt. Nicht weniger als 18 sollen während der Verhöre und der Gefangenschaft gestorben sein, und es liegen Anzeichen vor, daß eine große Zahl anderer gefoltert oder unter unerlaubten Druck gesetzt worden sind.

...Wir erinnern daran, daß im Oktober 1974 der Vertreter von Südafrika hier vor diesem Forum erklärt hat, es sei die Absicht seiner Regierung, die Diskriminierung aus rassistischen Gründen aufzugeben. Wir haben vergeblich auf bedeutungsvolle Handlungen gewartet. Einige kleine Veränderungen haben stattgefunden, die man begrüßen muß, aber nur insoweit, wie sie eine Änderung der geistigen Haltung der Südafrikanischen Regierung andeuten. Ansonsten blieb es jedoch offenbar, daß in Wirklichkeit keine Anstrengungen gemacht worden sind, mit einer Entschärfung der Apartheid zu beginnen oder auch nur von ihren härtesten oder repressivsten Erscheinungsformen abzurücken. Im Gegenteil, die Regierung hat weiterhin die Sammlung repressiver Gesetze vermehrt, die das System unterstützen. Neuerdings deutete sie die Absicht an, die Freiheit der Presse ernstlich zu beschränken....

...Es ist wichtig zu erkennen, daß der Kern einer Evolution der südafrikanischen Politik, in der Richtung, die wir alle wünschen, in der Haltung der Südafrikaner selbst liegt - und darunter verstehe ich die Gesamtheit der Bevölkerung. Ich zweifle nicht daran, daß nach einer gewissen Zeit der Druck der Ereignisse von Sharpeville und Soweto, die von den weißen Universitätsstudenten bewiesene Solidarität mit ihren schwarzen und farbigen Kameraden sowie der zunehmende aktive Widerstand gegen sozialen und wirtschaftlichen Mißbrauch die entscheidenden Faktoren für eine Änderung der gegenwärtigen Regierungspolitik sein werden.

Dies allerdings enthebt uns nicht der Verpflichtung, alles in unserer Kraft Stehende und von uns gemeinsam für geeignet Befundene zu tun, die Anstrengungen des südafrikanischen Volkes zur Erlangung der Selbstbestimmung zu unterstützen. Ebenso müssen wir die Ziele fördern, die wir herausgearbeitet haben und über die, wie ich hoffe, wir in dieser Debatte alle gleicher Meinung sind.